

Hübscher, Marc C.; Pies, Ingo

Working Paper

Vom Nutzen und Nachteil der CPR (Corporate Political Responsibility) für das gesellschaftliche Zusammenleben

Diskussionspapier, No. 2025-13

Provided in Cooperation with:

Martin Luther University of Halle-Wittenberg, Chair of Economic Ethics

Suggested Citation: Hübscher, Marc C.; Pies, Ingo (2025) : Vom Nutzen und Nachteil der CPR (Corporate Political Responsibility) für das gesellschaftliche Zusammenleben, Diskussionspapier, No. 2025-13, ISBN 978-3-96670-277-5, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Lehrstuhl für Wirtschaftsethik, Halle (Saale)

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/327131>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Marc C. Hübscher und Ingo Pies

Vom Nutzen und Nachteil der CPR (Corporate Political Responsibility) für das gesellschaftliche Zusammenleben

Diskussionspapier Nr. 2025-13

des Lehrstuhls für Wirtschaftsethik
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg,
hrsg. von Ingo Pies,
Halle 2025

Haftungsausschluss

Diese Diskussionspapiere schaffen eine Plattform, um Diskurse und Lernen zu fördern. Der Herausgeber teilt daher nicht notwendigerweise die in diesen Diskussionspapieren geäußerten Ideen und Ansichten. Die Autoren selbst sind und bleiben verantwortlich für ihre Aussagen.

ISBN 978-3-96670-276-8 (gedruckte Form)
ISBN 978-3-96670-277-5 (elektronische Form)
ISSN 1861-3594 (Printausgabe)
ISSN 1861-3608 (Internetausgabe)

Autoranschrift

Prof. Dr. Marc C. Hübscher

Universität Ulm
Helmholtzstraße 18
89081 Ulm
mhuebscher@deloitte.de

Prof. Dr. Ingo Pies

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Wirtschaftswissenschaftlicher Bereich
Lehrstuhl für Wirtschaftsethik
Große Steinstraße 73
D-06108 Halle
Tel.: +49 (0) 345 55-23420
Fax: +49 (0) 345 55 27385
Email: ingo.pies@wiwi.uni-halle.de

Korrespondenzanschrift

Prof. Dr. Ingo Pies

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Wirtschaftswissenschaftlicher Bereich
Lehrstuhl für Wirtschaftsethik
Große Steinstraße 73
D-06108 Halle
Tel.: +49 (0) 345 55-23420
Fax: +49 (0) 345 55 27385
Email: ingo.pies@wiwi.uni-halle.de

Kurzfassung

Mit diesem Artikel wollen wir zum Nachdenken anregen und zur Diskussion einladen. Wir untersuchen Nutzen und Risiken von *Corporate Political Responsibility* (CPR) in Zeiten multipler Demokratie- und Öffentlichkeitskrisen. Ausgangspunkt ist die Diagnose eines Strukturwandels der Öffentlichkeit mit wachsender Polarisierung. Daraus ergibt sich die Frage nach der Rolle von Unternehmen als politischen Akteuren. In zehn Thesen beleuchten wir Chancen wie Legitimitätssicherung und Stabilisierung demokratischer Rahmenbedingungen, aber auch Risiken wie Ambivalenzen zwischen Demokratie und Kapitalismus oder den Verdacht illegitimer Machtaneignung. Unsere Empfehlungen betonen Transparenz, Zurückhaltung gegenüber Parteipolitik und konstruktive Beiträge zur Bewältigung gesellschaftlicher Ordnungsprobleme. CPR erscheint damit notwendig, paradox und diskussionswürdig.

Schlüsselbegriffe: Politische Unternehmensverantwortung, CPR, Ordnungsverantwortung, Diskursversagen, Politikversagen, Post-Demokratie, Populismus, Anti-Populismus, politische Bildung

Abstract

With this article, we aim to stimulate reflection and invite discussion. We examine the benefits and risks of *Corporate Political Responsibility* (CPR) in times of multiple crises of democracy and the public sphere. Our starting point is the diagnosis of a structural transformation of the public sphere accompanied by growing polarization. This raises the question of the role of corporations as political actors. In ten propositions, we highlight opportunities such as securing legitimacy and stabilizing democratic frameworks, but also risks such as ambivalences between democracy and capitalism or the suspicion of illegitimate power appropriation. Our recommendations emphasize transparency, restraint from partisan politics, and constructive contributions to addressing societal challenges. CPR thus appears necessary, paradoxical, and worthy of debate.

Keywords: Corporate Political Responsibility (CPR), CPR, Order Responsibility, Discourse Failure, Policy Failure, Post-Democracy, Populism, Anti-Populism, Education

Vom Nutzen und Nachteil der CPR (Corporate Political Responsibility) für das gesellschaftliche Zusammenleben

Marc C. Hübscher und Ingo Pies

Als Mitglieder des Arbeitskreises „Wirtschaftsethik“ der Schmalenbach-Gesellschaft haben wir in den letzten zwei Jahren an zahlreichen Veranstaltungen zum Thema „Politische Unternehmensverantwortung“ (Corporate Political Responsibility, kurz: CPR) teilgenommen. Das hat uns zu denken gegeben. Und zur Diskussion inspiriert. Das hier vorliegende Papier legt davon Zeugnis ab. Es ist jedoch nicht repräsentativ für das Meinungsspektrum innerhalb des Arbeitskreises. Insbesondere fasst es keinen Gruppenkonsens zusammen. Ganz im Gegenteil: Wir sind uns selber nicht in allen Punkten einig und wollen mit diesem Papier die Diskussion nicht abschließen, sondern allererst eröffnen, also zunächst einmal Dissens anstoßen, zum Nachdenken provozieren und letztlich zum Gespräch einladen.

1. Bestandsaufnahme einer Krisensituation

“You never want a serious crisis to go to waste.
What I mean by that: it’s an opportunity to
do things you think you could not do before.”
Emanuel (2008; m0-m0,13)

Nicht nur Deutschland, sondern alle westlichen (liberalen) Demokratien befinden sich derzeit in schwierigem Fahrwasser. Erwartungen wurden enttäuscht. Gewissheiten sind abhanden gekommen. Zukunftsaussichten haben sich eingetrübt. Ehedem als selbstverständlich geltende Narrative haben ihre beruhigende Wirkung verloren. Überall ist Krise – oder doch zumindest Krisenstimmung: Das erfolgreiche Zusammenspiel von Demokratie, Rechtsstaat und marktwirtschaftlicher Wohlstandsproduktion ist das eigentliche Erfolgsgeheimnis der Moderne; doch dieser große Fortschrittstreiber der Moderne ist ins Stocken geraten (vgl. Wagner 2018; Selk 2023; Blühdorn 2024; Reckwitz 2024; Pollack 2024). Diskurse und Praktiken der Moderne scheinen auseinanderzulaufen (vgl. Wagner 1994). Das gibt mannigfach Anlass zu Kritik: Gefährdungen und Selbstgefährdungen der Demokratie (vgl. Manow 2024), Relativierungen von Menschenrechten und Projektionen von Wohlstandsverlusten (vgl. Wagner 2018), ja Verlusten ganz allgemein (vgl. Reckwitz 2024), sind in der gesellschaftlichen Debatte zu Dauerbrennern geworden, auf die etablierte Parteien bislang keine empathischen, verständlichen und vor allem kaum noch inhaltlich überzeugende Antworten zu geben vermögen.

Die Ursachen sind vielfältig. Generell kann man aber sagen: Gesellschaftlich verfügbare Problemlösungskapazitäten scheinen immer weniger auszureichen, um neuen, aber auch einigen schon seit langem bekannten Herausforderungen schnell genug und wirksam genug zu begegnen. So kommt es zur Akkumulation außenpolitischer und innenpolitischer Krisenphänomene. Hier reicht das Spektrum von neuen Kriegen und anderen ungelösten globalen Ordnungsproblemen (Klimawandel, Pandemiepolitik, Handelsordnung) bis hin zu innergesellschaftlichen Ordnungsproblemen, für die nachhaltige Lösungen erst

noch gefunden werden müssen (demographischer Wandel, Umgang mit Migration, explizite und implizite Staatsverschuldung) (vgl. Mounk 2018; Merkel 2023). Insbesondere die Systeme der sozialen Sicherheit laufen Gefahr, zur Quelle ganz neuer Unsicherheiten zu werden. Gleichzeitig stellt der rasante technologische Fortschritt – nicht nur im Bereich künstlicher Intelligenz – disruptive Innovationen in Aussicht, von denen derzeit (noch) nicht absehbar ist, ob sie sich im Hinblick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt primär als Zentrifugal- oder als Zentripetalkräfte auswirken werden.

Diese Beschreibung der aktuellen gesellschaftspolitischen Situation sich anhäufender Strukturprobleme lässt den politischen Erfolg von Populisten verständlich werden. Diese können als Rechts- oder Links-Populisten auftreten, als National- oder International-Populisten, als etatistisch-staatsgläubige Populisten oder als libertär-staatsfeindliche Populisten. Hier gibt es inhaltlich ein breites Spektrum kunterbunt neuer Kombinationen. Insofern ist es nicht der konkrete Inhalt, sondern die konkrete Form, die den Populismus auszeichnet (Mudde 2021). Sein Kennzeichen ist eine ad personam adressierte Kritik der Mächtigen ‚da oben‘. Mit rabiater Rhetorik im Namen des Volkes anti-elitär auftretend, betätigen sich Populisten aller Couleur vor allem als ‚Verlustunternehmer‘ (vgl. Reckwitz 2024: 390-395): sie schlagen politisches Kapital aus der gesellschaftlichen Verunsicherung und aus subjektiven Eindrücken gesellschaftlichen Niedergangs. Verlustnarrative schüren Verlustangst – und nähren die paradoxe Hoffnung auf das populistische Versprechen eines hegemonialen Strukturkonservatismus, nach dem alles verändert werden müsse, damit alles wieder so werde, wie es (vermeintlich) früher einmal war (vgl. Biebricher 2023: 41).

Die etablierten Parteien sind hingegen ‚Bewahrungsunternehmer‘ oder besser Besitzstandsverwalter, die der nicht nur hermeneutischen Distanz zwischen Politik(ern) und Volk zwar rhetorisch entgegentreten, sie aber praktisch prozessieren. Sie haben sich im Status quo eingerichtet und nehmen Reformbedarf und Veränderungsdruck als einen Angriff auf Errungenschaften wahr, dem sie dann im Verteidigungsmodus mit Gegendruck begegnen. So kommt es zur Blockade politischer Lernprozesse. Die faktische Demokratie läuft zunehmend Gefahr, in der Separation von Form und Inhalt simulativ zu werden (vgl. Blühdorn 2013). Die wahren Gefährdungen der Demokratie kommen nicht nur von außen, sondern auch von innen und sind als solche nicht immer leicht zu erkennen (vgl. Levitzky/Ziblatt 2018).

Es sind jedenfalls deutliche Einbußen an politischem Systemvertrauen zu verzeichnen. Viele Menschen zweifeln – und manche *verzweifeln* gar – am westlichen Modell einer Kombination von Parlamentarismus, Rechtsstaat und Marktwirtschaft, jener politischen Governanceform, die unter der Bezeichnung ‚liberale Demokratie‘ bekannt geworden ist (vgl. Manow 2024: 51-66). Mittlerweile werden Problemlösungsoptionen nicht mehr nur bei Alternativen *innerhalb* des Systems gesucht, sondern auch bei Alternativen *zum* System: Autoritäre Politikansätze haben weltweit Zulauf; rechtsstaatliche Prozeduren stehen unter Druck; anti-marktwirtschaftliche Optionen werden mit auffälligem Beifall in den gesellschaftspolitischen Diskurs eingespeist, nicht nur im Hinblick auf den Berliner Wohnungsmarkt, sondern beispielsweise auch in den USA, etwa in Kalifornien und neuerdings auch in New York. Einige Wirtschaftsphilosophen schwenken um von Armutsbekämpfung auf Reichtumsbekämpfung (vgl. Robeyns 2024), und unter dem Leitmotiv „Degrowth“ werden staatswirtschaftliche Versorgungsoptionen reaktiviert (vgl. Vogel et al. 2024) sowie sozialistische bzw. marxistische Alternativen diskutiert (vgl. Dörre 2021; Saito 2025).

2. Medien, Bildung und die Gefährdung der Demokratie

“The ideal subject of totalitarian rule is not the convinced Nazi or the convinced Communist, but people for whom the distinction between fact and fiction (i.e., the reality of experience) and the distinction between true and false (i.e., the standards of thought) no longer exist.”
Arendt (1951; S. 474)

In der aktuellen Krise gewinnen zwei Schlagwörter neue Aktualität, die Jürgen Habermas bereits vor vielen Jahren geprägt hat. Sie lauten: „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ (Habermas 1990 [1968]) und „Neue Unübersichtlichkeit“ (Habermas 1985). Mit ihnen lässt sich beschreiben, dass das Aufkommen neuer Medien zu Orientierungsschwierigkeiten geführt hat, die zumindest stellenweise die epistemische Verankerung der Demokratie auflösen (vgl. Habermas 2022). Die gesellschaftlichen Selbstverständigungsdiskurse leiden (zunehmend?) unter Unklarheiten und Vernebelung und können mitunter in Gänze zum Stillstand kommen (vgl. Mau et al. 2023).

In einem neueren Aufsatz re-aktualisiert Habermas (2021:497f., H.i.O.) die hier vorangestellte Einsicht von Hannah Arendt. Er schreibt: „Nicht die Häufung[en] von Fake News sind für eine verbreitete *Deformation der Wahrnehmung der politischen Öffentlichkeit* signifikant, sondern der Umstand, dass aus der Perspektive der Beteiligten Fake News gar nicht mehr als solche identifiziert werden können.“ Eine dramatische Beschreibung, die in Erinnerung ruft, dass mündige Bürger auf entgegenkommende Lernprozesse politischer Bildung angewiesen sind. Bildung heißt, die demokratisch notwendigen Fähigkeiten zur Argumentation, zur Kritik und nicht zuletzt zur Toleranz als Ausdruck eines ‚gesunden Menschenverstandes‘ anstelle von reiner Institutionenlehre in den Mittelpunkt eines bürgerlichen Trainingsprogramms zur Förderung politischer Teilhabe zu stellen (vgl. Pascal-Zorn 2017; Münkler 2024; Pies 2025a; Schultz/ Pies 2025). Politische Teilhabe allerdings kann nur dann gelingen, wenn das Engagement der Bürger erwartbar ist und die politisch passive Konsumhaltung zwischen Emanzipation und Regression überwunden wird. Damit kann das Interesse an Demokratie nicht nur erweckt, sondern auch performativ werden. Im Namen der Demokratie erheben sich dann – in Ausübung ihres Partizipationspotenzials, gedeckt von Meinungs-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit – die Fürsprecher der liberalen Demokratie genauso wie auch deren ‚Wiedergänger‘ (vgl. Manow 2024: 26), die für andere Demokratieformen eintreten.

Das Problem der liberalen Demokratie ist, dass sie aus den gleichen guten Gründen jene, die für eine andere Art der Demokratie eintreten, genauso aushalten muss, wie jene, die eine alternative demokratische Governance fordern. Wenn sie es nicht tut, dann droht die Gefahr, dass die liberale Demokratie durch ihre Freunde auf dem Weg in einen post-demokratischen Liberalismus wäre, der möglicherweise ein viel größeres Problem darstellen könnte als ein Populismus illiberal-demokratischer Prägung. Die Grenze zieht freilich der konstitutionell verbürgte Rechtsstaat, der sparsam und reflektiert angerufen werden sollte, und nicht *eine* Ausprägung der Demokratie. Damit wollen wir anmerken, dass nicht der Populismus das Problem der Demokratie ist, sondern vielmehr die Passivität der Wohlstandsbürger einer liberalen Demokratie – nicht das „Ende *der* Geschichte“ (Fukuyama 1989) steht heute wie damals zur Diskussion, sondern möglicherweise das Ende *einer* Geschichte. In der Vergangenheit konnte man so etwas schon häufiger beobachten.

Ohne epistemische Verankerung jedenfalls kann die demokratische Meinungs- und Willensbildung nicht funktionieren. Die deformierte Öffentlichkeit ist dann nicht länger ein Ort deliberativer Politik. Stattdessen mutiert sie zur Anhäufung von Echokammern. Das hat radikale Folgen: Die enthemmten Teilnehmer am politischen Diskurs reden dann nicht mehr miteinander, sondern aneinander vorbei. So kommen die Bemühungen um Verständnis und Verständigung zum Erliegen. Man delegitimiert sich wechselseitig. Das aber ist Gift für die Demokratie. Für distanzierte Beobachter dieser diskursiven Degenerationserscheinungen des politischen Nahkampfs verstärkt sich die Gewissheit: Das kann nicht lange gut gehen.

3. Neue Fragen und Erwartungen an Unternehmen

All dies wirft radikale Fragen auf: Bedarf es einer neuen Aufklärung? Oder markiert die aktuelle Krise vielmehr das Ende der Aufklärung? Bedarf es einer Reform marktwirtschaftlicher Strukturen, oder ist die Zeit reif geworden für ihre Abschaffung? Haben wir es mit einer Gefährdung der Demokratie oder mit ihrer Selbstgefährdung zu tun? Führen die Maßnahmen, die zur Verteidigung der Demokratie ergriffen werden, zu ihrer Stärkung oder Schwächung? Ist es sinnvoll, rechtsstaatliche Prozeduren außer Kraft zu setzen, um den Rechtsstaat zu schützen? Noch konkreter: Benötigt man Zensur, um die Meinungsfreiheit zu retten? Und allgemein: Brauchen wir angesichts der aufgestauten Probleme forcierte Reformationen oder eine grundstürzende Revolution des Systems?

In dieser unübersichtlichen Gemengelage richten sich Hoffnungen auch auf die Unternehmen. Sie sollen politische Verantwortung übernehmen und sich öffentlich bekennen: zugunsten von Marktwirtschaft, Rechtsstaat und Demokratie. Von ihnen wird erwartet, dass sie ihren Beitrag leisten zur immer wieder neu zu vollziehenden Demokratisierung der Demokratie.

Unternehmen als die 'mächtigen Akteure der Moderne' (vgl. Ortman 2010) verhalten sich jedoch so oder so zu diesen gesellschaftspolitischen Herausforderungen: Entweder sie agieren vermeintlich neutral und stützen damit die „Demokratiedämmerung“ (Selk 2023), oder aber sie werben aktiv für eine 'wehrhafte Demokratie' und nehmen damit parteiisch Stellung. Möglich wäre auch, dass sie autoritäre Parteien aktiv unterstützen oder sich mit ihnen spätestens im Zeitpunkt ihres elektoralen Erfolgs mitläuferisch solidarisieren.

Vor dem Hintergrund dieser normativen Unübersichtlichkeit einerseits und der möglichen (Dys-)Funktionalität politischen Engagements andererseits, das nicht mit Lobbyismus vorschnell verwechselt werden darf, fragen wir: Was spricht für, was gegen CPR (Corporate Political Responsibility)? Wo liegen die Vor- und Nachteile einer politischen Unternehmensverantwortung? Den Gedankengang, den wir hier zur Diskussion stellen wollen, skizzieren wir in zehn Thesen.

4. Zehn Thesen zur Corporate Political Responsibility: Pro und Contra

1. **Die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Wirtschaft und Politik ist brüchig geworden.** Das alte Muster lautete: Die Politik ist Regelgeber, die Unternehmen sind Regelnehmer (*the business of business is business; the business of politics is governance*). Heute gilt: Wer sich an die von der Politik

gesetzten Regeln hält, kann bestenfalls mit Legalität rechnen. Aber Legitimität ist nicht mehr garantiert.

2. **Die gesellschaftliche Akzeptanz unternehmerischen Wirtschaftens ist zu einem knappen Faktor geworden**, der – wie andere knappe Faktoren auch, man denke nur an Boden, Arbeit und Kapital – einer professionellen Bewirtschaftung bedarf. Die *societal license to operate* ist funktional (Wertschöpfung) und normativ (Legitimität) der fundamentale (polit-ökonomische) Vermögenswert des Unternehmens, ein überlebenswichtiges „asset“. Folglich können sich Unternehmen nicht mehr länger damit begnügen, Regel-Nehmer zu sein. Sie müssen lernen, sich zunehmend als Regel-Unternehmer zu verstehen und entsprechend zu betätigen, indem sie „Ordnungsverantwortung“ (Braun 2009; Beckmann 2010) übernehmen und den institutionellen Rahmen, innerhalb dessen sie sich bewegen, aktiv mitgestalten (Pies und Blome-Drees 1993).
3. **Der tiefere Grund hierfür liegt in einem neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit.** Sie unterliegt einer sozialpathologischen Entwicklungslogik. Diese lässt sich mit den Begriffen *entertainment*, *infotainment*, *angertainment* beschreiben, aber auch als *Trivialisierung*, *Tribalisierung* und *Tribunalisierung* politischer Diskurse kennzeichnen. Dieser Strukturwandel der Öffentlichkeit begünstigt ein Diskursversagen, das sich in Politikversagen und schließlich in Marktversagen niederschlägt. Denn ohne funktionierende Öffentlichkeit agiert demokratische Politik wie im Blindflug. Für Prozesse gesellschaftlicher Selbstkorrektur mangelt es dann an Orientierung. Dies führt zur Akkumulation ungelöster Strukturprobleme. Der Wirtschaft fehlt es so an verlässlich funktionalen Rahmenbedingungen. Dysfunktionale Rahmenbedingungen aber bewirken auf Dauer höchst unerwünschte Metamorphosen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. So entstehen Krisen, die sich zur Dauerkrise verfestigen und ein Ausmaß annehmen können, das für die Demokratie zur Gefahr wird.
4. **Angesichts dieser Misere müssen die Unternehmen von bequemer Fremdversorgung mit Ordnungsregeln zunehmend auf unbequeme Selbstregulierung umschalten** und sich aktiv darum bemühen und dafür einsetzen, dass ihre Wettbewerbshandlungen auf einem „level playing field“ stattfinden können. Sie müssen dann nicht nur ihre Handlungen, sondern auch die Rahmenbedingungen dieser Handlungen (mit-)gestalten und (mit-)verantworten, ohne dafür einen expliziten öffentlichen Auftrag zu haben. Mehr noch: Unternehmen müssen sich in die Lage versetzen, ihr Geschäftsmodell argumentativ zu vertreten, auch gegen kulturalistische und moralistische Fundamentalkritik. Sie müssen ihre investierten und unmittelbar betroffenen Stakeholder ebenso wie Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft davon überzeugen, dass sie über gute Gründe verfügen, die ihr Wertschöpfungskonzept rechtfertigen.
5. **Die Suche nach ordnungspolitischer Stabilität kann demokratisch oder autoritär enden:** Wenn Unternehmen eine politische Verantwortung tragen, dann materialisiert sie sich in dem Bestreben, stabile Rahmenbedingungen zu gewährleisten, um das eigene Geschäftsmodell zu betreiben mit dem vorder-

gründigen Ziel, Gewinne zu machen. Diese stabilen Bedingungen können allerdings entweder demokratisch oder autoritär gewährleistet werden: durch politische Ko-ordination oder durch politische Sub-ordination. Aus Sicht der Unternehmen kommt es nicht so sehr darauf an, durch welchen Prozess die Regeln zustande kommen. Weitaus wichtiger ist für sie, dass Regeln verbindlich gelten und so ein Fundament genereller Erwartungssicherheit besteht, auf dem dann die je individuellen Wettbewerbshandlungen ansetzen können. Man kann es auch so sagen: Die Demokratie kommt nicht ohne Marktwirtschaft aus, aber die Marktwirtschaft sehr wohl ohne Demokratie. Dies macht jedes politische Engagement von Unternehmen – und sei es auch noch so wohlmeinend – stets prinzipiell ambivalent, denn politische Verantwortungsfähigkeit ist nicht gebunden an ein inhaltlich vorbestimmtes politisches Paradigma; sie setzt lediglich irgendein politisches Paradigma voraus.

6. **Politische Unternehmensverantwortung erfordert kollektives Handeln, also auch Kooperation zwischen Konkurrenten.** Und genau das ist prinzipiell heikel, weil kollektives Handeln stets Gefahr läuft, entweder Kartellverhalten hervorzubringen oder arbiträr ausgenutzt zu werden. Dagegen hilft nur Transparenz, also die Einladung an Wissenschaft, Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft, die entsprechenden Initiativen kritisch zu begleiten, damit gar nicht erst der Verdacht aufkommt, dass man versuchen könnte, sich auf Kosten Dritter zu einigen, wo es doch lediglich darum geht, die Funktionsbedingungen für einen echten Leistungswettbewerb allererst herzustellen.
7. **CPR ist eine notwendige Komponente der *societal license to operate*,** aber paradoxiert zugleich das Unternehmen, wenn es für Grundsätze der Demokratie werben und eintreten soll, deren konkrete Reichweite in wirtschaftlichen Kontexten im Namen der (ökonomischen) Freiheit beschränkt wird (vgl. Bowles und Gintis 1987; Bowles, Gintis und Gustafsson 1993; Anderson 2019). Man denke nur an das demokratische Gleichheitsprinzip oder an die als universal proklamierten Menschenrechte. Das bedeutet: CPR ist legitimierende Rechtfertigung im Widerspruch – eben ein bisschen demokratisch. Man kann es auch so sagen: Wenn schon die Menschen als natürliche Personen aus krummem Holz geschnitzt sind, was Immanuel Kant zufolge für „ungesellige Geselligkeit“ sorgt, dann gilt all dies noch sehr viel mehr für juristische Personen, deren innere Verfassung, deren Charakter also – gewissermaßen bis hin zur DNA des Unternehmens – von der Binärcodierung des wirtschaftlichen Funktionssystems geprägt ist.
8. **Politische Forderungen nach mehr Demokratie sowie das couragierte Eintreten für pro-demokratische Handlungsweisen führen Unternehmen in Widersprüche,** weil aus Sicht eines einzelnen Unternehmens, das über hinreichend Macht verfügt, postdemokratische Voraussetzungen möglicherweise vorzugswürdig wären. Ganz sicher aber könnten postdemokratische Konstellationen als attraktiv empfunden werden, um immanente Widersprüche in polit-ökonomischen Herrschaftsbeziehungen zu kaschieren.
9. **Dialektik von kapitalistischem *going concern* und demokratischer Transformation:** Wenn Wohlstandszuwächse und gesellschaftlicher Fortschritt auch in der Spätmoderne weiterhin mit Demokratie und Menschenrechten

normativ verknüpft bleiben sollen (vgl. Wagner 2018), dann ist CPR eine Dialektik des unternehmerischen *going concerns*, weil die Unternehmen, wie wir sie kennen, anders werden müssen, um das zu bleiben, was sie sind: gezielt einem Leistungswettbewerb ausgesetzte privat organisierte Kooperationsprojekte der Gesellschaft. Die (Re-)Produktion von Narrativen der ökonomischen und politischen Freiheit kann eine unfreiwillige sozio-ökonomische Transformation des Unternehmens fördern, weil die Ausdeutung und Relationierung von Freiheit zwischen Wirtschaft und Unternehmen in der Demokratie für kapitalistische Unternehmen historische Geburtshelfer waren, aber bestimmte Formen von Wirtschafts- und Unternehmensdemokratie ihre zukünftigen Totengräber sein könnten.

10. **Offene Zukunftsoptionen – jenseits des Dualismus:** Wohlverstandene und ernsthaft praktizierte CPR kann dann ernstgemeinte liberale Demokratien in neue Unternehmensformen oder aber ernstgemeinte bestehende Unternehmensformen in bereits in Ansätzen erkennbare, neue Postdemokratien führen. Angesichts dieser beiden Alternativen stellen sich zahlreiche Folgefragen, die wir hier wenigstens andeuten wollen: Welche Entwicklungen sind (un)vermeidbar? Welche sind (un)erwünscht? Und vor allem: *Tertium datur*? Gibt es vielleicht noch mehr Möglichkeiten als nur diese beiden Alternativen?

5. Empfehlungen

Was kann man Unternehmen nun nach bestem Wissen und Gewissen empfehlen? Wir entwickeln unsere Antwort entlang einer historischen Analogie und verweisen hierzu auf ein bemerkenswertes Zitat. Es stammt von Voltaire und ist bereits mehr als zweieinhalb Jahrhunderte alt. Er schrieb (1764, 2011: 323f.):

„Enter into the Royal Exchange of London, a place more respectable than many courts, in which deputies from all nations assemble for the advantage of mankind. There the Jew, the Mahometan, and the Christian bargain with one another as if they were of the same religion, and bestow the name of infidel on bankrupts only. There the Presbyterian gives credit to the Anabaptist, and the votary of the establishment accepts the promise of the Quaker. On the separation of these free and pacific assemblies, some visit the synagogue, others repair to the tavern. Here one proceeds to baptize his son in a great tub, in the name of the Father, Son, and Holy Ghost; there another deprives his boy of a small portion of his foreskin, and mutters over the child some Hebrew words which he cannot understand; a third kind hasten to their chapels to wait for the inspiration of the Lord with their hats on; and all are content. Was there in London but one religion, despotism might be apprehended; if two only, they would seek to cut each other's throats; but as there are at least thirty, they live together in peace and happiness“.

Man liest hier, wie im Zeitalter der Religionsstreitigkeiten ein französischer Philosoph die gelebte Toleranzpraxis an der englischen Börse beschreibt und bewertet. Die Analogie besteht darin, dass wir zeitgenössisch in ein Zeitalter neuer Politikstreitigkeiten eingetreten sind. Aber heutzutage müssen Unternehmen nicht darauf warten, dass ihre im Alltag erfolgreich gelebte Toleranzpraxis von ausländischen Besuchern gewürdigt wird. Sie können das auch selbst kommunizieren.

Hierbei kommt es vor allem darauf an, den üblichen Antagonismus, mit dem früher Religionsstreitigkeiten ausgetragen wurden und heute Politikstreitigkeiten ausgetragen werden, auf eine zugleich subversive und konstruktive Art und Weise zu unterlaufen.

Die Londoner Börse hat keine Stellung dazu genommen, wer denn wohl die richtige Religion habe. Sie hat diese polemogene Frage vielmehr sorgfältig vermieden. Analog

sollten auch heutzutage Unternehmen keine Stellung dazu nehmen, welche Parteien zu wählen bzw. nicht zu wählen seien. Vielmehr sollte diese polemogene Frage sorgfältig vermieden werden. Unternehmen können einen sinnvollen Beitrag zum öffentlichen Diskurs leisten, indem sie mit nachprüfbarer Expertise darüber Auskunft geben, wie sie nicht nur religiöse Streitigkeiten, sondern auch politische Streitigkeiten aus ihrem Geschäftsalltag heraushalten (und gegebenenfalls aktiv herausdrängen), indem sie klare Regeln aufstellen, die einen respektvollen Umgang miteinander gewährleisten, ohne die Ausübung politischer Meinungsfreiheit ungebührlich einzuschränken.

Unternehmen, die politische Verantwortung übernehmen wollen, müssen systematisch der Tatsache Rechnung tragen, dass wir – wiederum nicht nur in Deutschland, sondern in allen westlichen Ländern – eine Moralisierung politischer Diskurse beobachten. In immer mehr Debatten halten sich einige Teilnehmer für gut und die anderen für böse – übrigens auf beiden Seiten der jeweiligen Frontlinien. Damit wird die Idee des offenen und gleichberechtigten Spiels eines Gebens und Nehmens von Gründen sabotiert, weil das „Argument gegen Ansichten und Absichten des Gegners auf das Argument der Zweiflung seiner moralischen Integrität“ umschaltet; „statt der Meinung des Gegners zu widersprechen, drückt man Empörung darüber aus, daß er es sich gestattet, eine solche Meinung zu haben und zu äußern“ (Lübbe 2019 [1984]: 120).

Am Beispiel: Oppositionsparteien äußern populistische Kritik an der Regierung. Regierungsparteien reagieren mit anti-populistischer Gegenkritik. *Beide* Seiten steigern sich so in die Position hinein, die jeweilige Gegenposition für Feinde – oder zumindest Gefährder – der Demokratie zu halten. Die Folge: Man spricht nicht mehr miteinander, sondern übereinander – und aneinander vorbei. Und vor allem: Man spricht sich wechselseitig genau jene legitimitätsverbürgenden Fähigkeiten zum mehrheitsbasierten und verständigungsorientierten Kollektiventscheid ab, auf die der demokratische Politikprozess konstitutiv angewiesen ist, weil es ja letzten Endes – rein prozedural betrachtet – auf die stets offen zu haltende Möglichkeit ankommt, dass Regierungs- und Oppositionsparteien die Plätze wechseln können.

Wenn in einer aufgeladenen, politischen Situation radikalisierte Populisten zunehmend mehr Wahlerfolge auch in den etablierten liberalen Demokratien feiern, dann wird ebenfalls zunehmend die Frage nach der ‘demokratischen Resilienz’ gestellt (vgl. Merkel 2023), also die Frage, inwieweit die etablierten Demokratien im Vollzug der Demokratie die Demokratie stabilisieren – oder eben destabilisieren. Populistische Parteien fallen ja nicht einfach vom Himmel, sondern emergieren – endogen – als Reaktion auf Strukturprobleme, die von Teilen der Bevölkerung als Politikversagen wahrgenommen werden (vgl. Mudde 2021; Manow 2024; Guenther 2025).

Das sieht auch Jürgen Habermas so. Er schreibt (2021: 474): „Trumps fatale Aufforderung hätte in der Wut der Bürger, die am 6. Januar 2021 das Kapitol gestürmt haben, kaum das erwünschte Echo gefunden, wenn nicht die politischen Eliten seit Jahrzehnten die legitimen, von der Verfassung gewährleisteten Erwartungen eines erheblichen Teils ihrer Bürger enttäuscht hätten.“

Insofern deutet vieles darauf hin, dass die Demokratie nicht einfach von links oder rechts gefährdet wird, auch nicht einfach elitär von oben oder populistisch unten, sondern vielmehr dadurch, dass die argumentative Auseinandersetzung zwischen den politischen Lagern nicht mehr richtig funktioniert.

Um es in Frageform zu formulieren: Wenn Demokratie derzeit bedroht ist und Gefahr läuft, autoritär verformt zu werden, wovon genau geht diese Gefahr dann aus? Von den

Populisten? Oder von den Anti-Populisten? Oder von der Dysfunktionalität des medial organisierten Politikprozesses, der ungelöste Strukturprobleme akkumuliert?

Wer die erste Antwort präferiert, wird den Unternehmen zum Anti-Populismus raten. Wer die zweite Antwort präferiert, wird den Unternehmen zum Populismus raten. Wer jedoch – wie wir – tendenziell die dritte Antwort für stichhaltig hält, wird den Unternehmen raten, sich in Parteipolitik tunlichst nicht einzumischen – und stattdessen konstruktive Beiträge zu leisten, gesellschaftliche Ordnungsprobleme wieder in den Griff zu bekommen und so Gesinnung von Urteilskraft unaufgeregt zu trennen. Ihr Motto müsste sein: Zur Sache!

Diese Beiträge, das darf man nicht verkennen und auch nicht unterschätzen, stehen freilich unter besonderem Legitimationsvorbehalt, da Unternehmen zwar Macht und Ressourcen einsetzen können, aber im Regelfall nicht über einen öffentlichen Auftrag verfügen. Mit anderen Worten: Sie sind nicht mit Inputlegitimität ausgestattet und können daher dem latenten Verdacht unternehmerischer Willkür nur über Outputlegitimität einschließlich transparenter Rechtfertigung entgegentreten.

Konkret heißt das zum Beispiel, sich öffentlich dafür einzusetzen,

- den Wohnungsbau zu erleichtern, um die Nachfrager durch ein steigendes Angebot zu entlasten;
- eine Migrationspolitik herbeizuführen, die gesteuerte Zuwanderung mit Integration verknüpft;
- das Zusammenspiel staatlicher und betrieblicher Sozialpolitik konsequent darauf auszurichten, Familie und Beruf besser miteinander vereinbar zu machen;
- Berufs- und Weiterbildung modular zu organisieren, um Qualifikationswechsel zu erleichtern und Fachkräfteengpässe zu mindern;
- die öffentliche Beschaffung innovationsfreundlich auszurichten, um Lebenszykluskosten zu berücksichtigen und Pilotprojekte zu ermöglichen;
- Planungs- und Genehmigungsrecht zu entschlacken und zu digitalisieren, damit öffentliche Infrastruktur schneller bereitgestellt werden kann;
- einen wettbewerblichen Daten- und KI-Ordnungsrahmen zu schaffen, um Interoperabilität zu sichern, Datenschutz zu wahren und Gatekeeper-Macht zu begrenzen;
- Menschenrechte und Nachhaltigkeitsziele in die Rahmenordnung zu integrieren, so dass sie für alle Marktteilnehmer gelten;
- eine angemessene Bepreisung von Treibhausgas-Emissionen zu erreichen, um eine klimaschonende Transformation der Wirtschaft für alle Menschen aktiv voranzutreiben;
- Lieferkettenresilienz und Kreislaufwirtschaft zu fördern, um Abhängigkeiten zu reduzieren, Ressourcen zu schonen und Produktivität zu steigern;
- eine Innovationskultur aufrechtzuerhalten bzw. wiederzuerrichten und
- dem Safetyism Einhalt zu gebieten, weil nichts so riskant ist wie die mangelnde Bereitschaft, Risiken einzugehen.

Bei diesen Themen und vielen weiteren haben Unternehmen etwas zu bieten, weil sie – als Experten des Alltags – in den Prozessen drinstecken, die neu ausgerichtet werden müssen.

Indem man die Aufmerksamkeit darauf richtet, die gemeinsamen Probleme gemeinsam anzupacken (vgl. Pies 2025b), können Unternehmen der zunehmenden Polarisierung wirksam entgegentreten, weil Politik dann nicht länger als etwas Trennendes, sondern als etwas Gemeinschaftsstiftendes erfahren werden kann.

Damit kommen wir auf das Zitat von Hannah Arendt zurück und können das aufnehmen, was es braucht, die Grenze zwischen *facts* and *fiction* bei aller Anstrengung aufrechtzuerhalten. Birger P. Priddat hat kürzlich zu einem der Autoren gesagt, dass bereits die Demokratie zu Aristoteles' Zeiten etwas verlangte, was sie selbst nicht hervorbringen konnte: nämlich Tugenden und Vernunft, freilich im privaten wie öffentlichen Gebrauch. Hinzu kommt unseres Erachtens ein vitales Interesse des Bürgers an seiner Lebensform, was sie bedeutet und was sie erfordert und (ver)braucht. Gründe für die Ausgestaltung dieser Lebensform müssen nicht von allen geteilt werden, aber grundsätzlich teilbar sein – in der mehrheitlichen Zustimmung aus nachdenklicher Freiheit liegt der Sinn demokratischer Strukturen. Unternehmensformen kapitalistischer Ökonomien und liberale Demokratie als Regierungsform koexistieren nur widersprüchlich (vgl. Offe 2006: 123). Sie werden nur in dem Maße als friedlich verbunden verstanden, wie die politisch geduldeten Ungleichheiten durch kluge Umverteilungsmechanismen lebensweltlich sediert werden. Wenn aber das sozialromantische Füllhorn einer distributiven Gerechtigkeitsidee zu versiegen droht, dann wird eine eigentümlich politische Theologie zwischen ‚denen da oben‘ und ‚denen da unten‘ aktiviert, die durch Populisten und Anti-Populisten mit missionarischer Intoleranz vorangetrieben wird. Darin liegt eine sozio-politische Sprengkraft, die einen freiheitsverbürgenden *Leviathan* in einen freiheitszerstörenden *Behemoth* transformieren kann.

Dann wäre die Bedrohung der Demokratie da angekommen, wo sie nicht mehr friktionsfrei gehandhabt werden kann: nämlich in der Mitte der liberalen Demokratie. (Politische) Bildung für Tugend und Vernunft wird der gesellschaftliche Schlüssel für eine wehrhafte Demokratie sein, in der mündige Bürgerinnen und Bürger darüber deliberieren und nicht zuletzt entscheiden, in welcher Gesellschaft und mit welcher Wirtschaft sie leben wollen. Politiker und Unternehmen könnten etwas dagegen haben und folglich für postdemokratische Verhältnisse im Namen der Demokratie werben. Sie könnten aber auch den ‚Nutzen‘ des mündigen Bürgers für den Vollzug von Politik und Wirtschaft sehen. Auf welcher Seite die Unternehmen letztendlich stehen werden, ist nicht bereits vorab verlässlich ausgemacht, weil ihre Verantwortung für Stabilität keiner Demokratie bedarf. CPR ist und bleibt ambivalent und dialektisch. Daher bedarf es immer wieder ihrer Vergewisserung und Rechtfertigung im gesellschaftlichen Diskurs. Das gilt insbesondere, weil wir den freilich zustimmungswerten Fall des idealisierenden Eintretens für eine Demokratie im Namen von Freiheit, Gleichheit und Solidarität – ohne Wenn und Aber – hier als unwahrscheinlich annehmen sollten, da die systemische Funktionalität des Unternehmens diesem normativen Ideal gewissermaßen stumm gegenübersteht. Das liegt allein daran, dass sich *reiner* Kapitalismus und *reine* Demokratie in mehrerlei Hinsicht einfach ausschließen und dass dieser Sachverhalt einer prinzipiell unproblematischen Positionierung von Unternehmen in politischen Diskursen eigentümlich im Weg steht. Dies heißt nicht, dass CPR grundsätzlich unmöglich oder generell unerwünscht wäre, wohl aber, dass es hier Ambivalenzen gibt und dass, wer mit CPR-Forderungen an Unternehmen herantritt, genau wissen sollte, was beabsichtigt wird und was (möglicherweise darüber hinaus, möglicherweise stattdessen) bewirkt werden könnte.

Literaturverzeichnis

- Anderson, E. (2019): *Private Regierung. Wie Arbeitgeber über unser Leben herrschen (und warum wir nicht darüber reden)*, Berlin: Suhrkamp.
- Arendt, H. (1951): *The Origins of Totalitarianism*, online: dn790000.ca.archive.org/0/items/TheOriginsOfTotalitarianism/The-Origins-of-Totalitarianism.pdf
- Blühdorn, I. (2013): *Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende*, Berlin: Suhrkamp.
- Blühdorn, I. (2024): *Unhaltbarkeit. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Berlin: Suhrkamp.
- Beckmann, M. (2010): *Ordnungsverantwortung: Rational Choice als ordonomisches Forschungsprogramm*, hrsg. von Ingo Pies, Berlin: Wissenschaftlicher Verlag Berlin (wvb).
- Biebricher, T. (2023): *Mitte/Rechts. Die internationale Krise des Konservatismus*, Berlin: Suhrkamp.
- Bowles, S./ Gintis, H. (1987): *Democracy & Capitalism. Property, Community, and the Contridictions of Modern Social Thought*, Basic Books.
- Bowles, S./ Gintis, H. and B. Gustafsson (Hrsg., 1993): *Markets and democracy. Participation, accountability and efficiency*, Cambridge: University Press.
- Braun, J. (2009): *Unternehmerische Ordnungsverantwortung. Potenzial und Grenzen einer veränderten Rolle von Unternehmen in der modernen Gesellschaft*, hrsg. von Ingo Pies, Berlin: Wissenschaftlicher Verlag Berlin (wvb).
- Dörre, K. (2021): *Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution*, Berlin: Matthes&Seitz.
- Emanuel, R. (2008): *Rahm Emanuel on the Opportunities of Crisis*, Online-Video vom 19.11.2008, <https://www.youtube.com/watch?v=mzcbXi1Tkk>
- Fukuyama, F. (1989): *The End of History?*, in: *The National Interest* No. 16 (Summer 1989), 3-18.
- Guenther, L. (2025). *Political Representation Gaps and Populism*. Available at SSRN 4230288.
- Habermas, J. (1985): *Die Neue Unübersichtlichkeit. Kleine Politische Schriften V*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, J. (1990 [1968]): *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Mit einem Vorwort zur Neuauflage 1990*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, J. (2021): *Überlegungen und Hypothesen zu einem erneuten Strukturwandel der politischen Öffentlichkeit*, in: *Leviathan. Sonderband 37 | 2021: Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit?*, hrsg. von Martin Seeliger und Sebastian Seignani, Baden-Baden: NOMOS, 470-500.
- Habermas, J. (2022): *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik*, Berlin: Suhrkamp.
- Levitzy, S./ Ziblatt, D. (2018): *Wie Demokratien sterben. Und was wir dagegen tun können*, München: DVA.
- Lübbe, H. (2019 [1984]): *Politischer Moralismus. Der Triumph der Gesinnung über die Urteilskraft*, Münster: LIT.
- Manow, P. (2024): *Unter Beobachtung. Die Bestimmung der liberalen Demokratie und ihrer Feinde*, Berlin: Suhrkamp.
- Mau, S./ Lux, T./ Westheuser, L. (2023): *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*, Berlin: Suhrkamp.
- Merkel, W. (2023): *Im Zwielficht. Zerbrechlichkeit und Resilienz der Demokratie im 21. Jahrhundert*, Frankfurt/New York: Campus.

- Mounk, Y. (2018): *Der Zerfall der Demokratie. Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht*, München: Droemer.
- Mudde, C. (2021): *Populism in Europe: an illiberal democratic response to undemocratic liberalism (The Government and Opposition/Leonard Schapiro Lecture 2019)*, in: *Government and Opposition*, 56(4), 577-597.
- Müller, J.-W. (2016): *Was ist Populismus? Ein Essay*, Berlin: Suhrkamp.
- Münkler, H. (2024): *Die Zukunft der Demokratie*, Wien: Brandstätter.
- Offe, C. (2006): *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur politischen Soziologie, veränderte Neuausgabe herausgegeben und eingeleitet von Jens Borchert und Stephan Lessenich*, Frankfurt am Main: Campus.
- Ortmann, G. (2010): *Organisation und Moral. Die dunkle Seite*, Weilerswist: Velbrück.
- Pascal-Zorn, D. (2017): *Logik für Demokraten. Eine Anleitung*, Wien: Brandstätter.
- Pies, I. (2025a): *Ordonomik als Beitrag zur politischen und moralischen Bildung*, in: Minnameier, G. (Hrsg.): *Ordonomik und Bildung. Verantwortung für die moderne Gesellschaft*, Bielefeld: wbv, S. 13-47.
- Pies, I. (2025b): *Die Moralisierung politischer Diskurse ist Gift für die Demokratie*, in: *Politikum* 11(3), S. 60-67.
- Pies, I. / Blome-Drees, F. (1993): *Was leistet die Unternehmensethik? Zur Kontroverse um die Unternehmensethik als wissenschaftliche Disziplin*, in: *Schmalenbachs Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung (zbf)* 45 (9/1993), S. 748-768.
- Robeyns, I. (2024): *Limitarianism. The Case Against Extreme Wealth*, London: Penguin.
- Saito, K. (2025): *Marx im Anthropozän. Ideen für die postkapitalistische Gesellschaft*, München: dtv.
- Schultz, F.C. / Pies, I. (2025): *Ordonomische Anregungen für den Schulunterricht zur politischen Bildung: Zur Interpretation und Weiterentwicklung des Beutelsbacher Konsenses*, in: Minnameier, G. (Hrsg.): *Ordonomik und Bildung. Verantwortung für die moderne Gesellschaft*, Bielefeld: wbv, S. 341-351.
- Pollack, D. (2025): *Große Versprechen. Die westliche Moderne in Zeiten der globalen Krise*, München: Beck.
- Reckwitz, A. (2024): *Verlust. Ein Grundproblem der Moderne*, Berlin: Suhrkamp.
- Selk, V. (2023): *Demokratiedämmerung. Eine Kritik der Demokratietheorie*, Berlin: Suhrkamp.
- Vogel, J., Guerin, G., O'Neill, D. W., & Steinberger, J. K. (2024): *Safeguarding livelihoods against reductions in economic output*, in: *Ecological Economics*, 215, 107977.
- Wagner, P. (1994): *A Sociology Of Modernity. Liberty And Discipline*, London/ New York: Routledge.
- Wagner, P. (2018): *Fortschritt. Zur Erneuerung einer Idee*, Frankfurt am Main/ New York: Campus.
- Voltaire (1764, 201): *The Works of Voltaire, Vol. VI (Philosophical Dictionary Part 4)*, online: oll-re-sources.s3.us-east-2.amazonaws.com/oll3/store/titles/355/Voltaire_0060-06_EBk_v6.0.pdf

Diskussionspapiere¹

- Nr. 2025-13 **Marc C. Hübscher und Ingo Pies**
Vom Nutzen und Nachteil der CPR (Corporate Political Responsibility) für das gesellschaftliche Zusammenleben
- Nr. 2025-12 **Ingo Pies und Thomas Lange**
Beyond Moral Education: Enabling Managers to Take Order Responsibility
- Nr. 2025-11 **Ingo Pies und Thomas Lange**
Manager müssen nicht moralisch erzogen, sondern zur Ordnungsverantwortung befähigt werden
- Nr. 2025-10 **Ingo Pies**
How does Kant think? – An interpretive proposal from an ordonomic perspective
- Nr. 2025-09 **Ingo Pies**
Kant-Interpretation aus ordonomischer Sicht
- Nr. 2025-08 **Ingo Pies**
Designing Incentives, Designing Ideas: A Historical Arc from Order Economics through Order Ethics to Ordonomics
- Nr. 2025-07 **Stefan Hielscher, Felix Carl Schultz, Vladislav Valentinov und Ingo Pies**
A Governance perspective on moral character development
- Nr. 2025-06 **Ingo Pies**
Ordnungsökonomik, Ordnungsethik, Ordonomik – Eine deutsche Traditionslinie methodologischer Theoriebildung
- Nr. 2025-05 **Stefan Hielscher, Sebastian Everding und Ingo Pies**
Do Not Miss this Ordonomic Reply to Our Critics – Why Social Contract Theory Favors Commercial over Cooperative Platforms in the Sharing Economy
- Nr. 2025-04 **Ingo Pies**
Die Moralisierung politischer Diskurse ist Gift für die Demokratie
- Nr. 2025-03 **Felix Carl Schultz und Ingo Pies**
Kreislaufwirtschaft und Wachstum
Eine kritische Perspektive auf Post-Wachstums- und Pro-Wachstums-Ansätze zur Circular Economy
- Nr. 2025-02 **Kilian de Ridder, Felix Carl Schultz und Ingo Pies**
Prozedurale Klima-Gerechtigkeit: Polyzentrismus als Lösung für ein globales Problem
- Nr. 2025-01 **Stefan Hielscher und Hussein Mamorry**
How can MNEs stabilize rent-sharing games in (fragile) limited access orders? An ordonomic perspective
- Nr. 2024-07 **Stefan Hielscher**
Intentional and Institutional Self-Corrections: An outline for building ordonomic competencies in schools
- Nr. 2024-06 **Ingo Pies**
Schwierigkeiten (mit) einer Tugendethik des Marktes – Theoriestrategische Überlegungen aus ordonomischer Sicht

¹ Als kostenloser Download unter <http://ethik.wiwi.uni-halle.de/forschung>. Hier finden sich auch die Diskussionspapiere der Jahrgänge 2003-2016.

- Nr. 2024-05 **Ingo Pies**
Die ökonomischen Nobelpreisträger 2024: Daron Acemoglu, Simon Johnson und James A. Robinson
- Nr. 2024-04 **Ingo Pies**
Wie ist Schumpeter zu interpretieren?
- Nr. 2024-03 **Ingo Pies**
Preiswucher versus Lohnwucher: Neue Erkenntnisse empirischer Moralforschung und ihre politischen Implikationen
- Nr. 2024-02 **Ingo Pies**
Laudationes zum Max-Weber-Preis 2024 für Geneviève Marie Chaumont, Max Kumpf und Lena Sofie Störk
- Nr. 2024-01 **Ingo Pies und Felix Carl Schultz**
Klimaschutz durch Degrowth? – Ordonomische Anfragen an die Position radikaler Wachstumskritik
- Nr. 2023-14 **Marc C. Hübscher**
,Übergewinne‘ und Erklärungen des Gewinns im Kapitalismus
Ökonomie im Resonanzraum I
- Nr. 2023-13 **Ingo Pies**
Folk Economics and Folk Ethics as Problems of Moral Reasoning – Ordonomic Inspirations for Business Ethics
- Nr. 2023-12 **Ingo Pies**
Folk Economics und Folk Ethics als moralisches Problem – Ordonomische Anregungen zur Business Ethics
- Nr. 2023-11 **Ingo Pies**
Freydenker 9 Fragen
- Nr. 2023-10 **Ingo Pies und Marc C. Hübscher**
,„Value added“ für Theorie *und* Praxis – Systematische Anregungen zur Wirtschaftsphilosophie
- Nr. 2023-09 **Ingo Pies**
Anregungen für die Wirtschaftsphilosophie
- Nr. 2023-08 **Ingo Pies**
IPCC
- Nr. 2023-07 **Ingo Pies**
Politische Indoktrination oder wissenschaftliche Aufklärung? – Ein Briefwechsel mitsamt Vorlesungsunterlagen
- Nr. 2023-06 **Ingo Pies**
Ethik des Kapitalismus
- Nr. 2023-05 **Ingo Pies**
Diskursversagen im Ukraine-Konflikt – Rückblick und Ausblick
- Nr. 2023-04 **Ingo Pies**
Öffentlicher Vernunftgebrauch in Zeiten des Krieges – Über die Rechte und Pflichten von Intellektuellen
- Nr. 2023-03 **Ingo Pies**
Diskursversagen im Ukraine-Konflikt? – Ein ordonomisches Follow-Up

Nr. 2023-02 **Ingo Pies**
Kriegspropaganda im Ukraine-Konflikt – Eine ordonomische Diskursanalyse

Nr. 2023-01 **Ingo Pies**
Laudatio Max-Weber-Preis für Tim-Philipp Bruns

Wirtschaftsethik-Studien²

Nr. 2022-2 **Kilian de Ridder**
Procedural Climate Justice – Conceptualizing a polycentric to a global problem

Nr. 2022-1 **Ingo Pies und Klaus M. Leisinger**
Unternehmensethik und Integrität – Ein Briefwechsel zwischen Theorie und Praxis

Nr. 2020-1 **Ingo Pies und Michael Schramm**
„Ordonomik“ und „Business Metaphysics“ im Dialog

Nr. 2013-1 **Ingo Pies**
Chancengerechtigkeit durch Ernährungssicherung – Zur Solidaritätsfunktion der Marktwirtschaft bei der Bekämpfung des weltweiten Hungers

Nr. 2010-1 **Ingo Pies, Alexandra von Winning, Markus Sardison, Katrin Girlich**
Sustainability in the Petroleum Industry: Theory and Practice of Voluntary Self-Commitments

Nr. 2009-1 **Ingo Pies, Alexandra von Winning, Markus Sardison, Katrin Girlich**
Nachhaltigkeit in der Mineralölindustrie: Theorie und Praxis freiwilliger Selbstverpflichtungen

Nr. 2007-1 **Markus Beckmann**
Corporate Social Responsibility und Corporate Citizenship

Nr. 2005-3 **Ingo Pies, Peter Sass, Roland Frank**
Anforderungen an eine Politik der Nachhaltigkeit – eine wirtschaftsethische Studie zur europäischen Abfallpolitik

Nr. 2005-2 **Ingo Pies, Peter Sass, Henry Meyer zu Schwabedissen**
Prävention von Wirtschaftskriminalität: Zur Theorie und Praxis der Korruptionsbekämpfung

Nr. 2005-1 **Valerie Schuster**
Corporate Citizenship und die UN Millennium Development Goals: Ein unternehmerischer Lernprozess am Beispiel Brasiliens

Nr. 2004-1 **Johanna Brinkmann**
Corporate Citizenship und Public-Private Partnerships: Zum Potential der Kooperation zwischen Privatwirtschaft, Entwicklungszusammenarbeit und Zivilgesellschaft

² Als kostenloser Download unter <http://ethik.wiwi.uni-halle.de/forschung>.

Autor:

Prof. Dr. Marc C. Hübscher

Universität Ulm

Prof. Dr. Ingo Pies

Lehrstuhl für Wirtschaftsethik

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

ISBN 978-3-96670-276-8
ISBN 978-3-96670-277-5